

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 30

Der Stand der Inflation

Versteht man unter Inflation einen Zustand der Volkswirtschaft, in dem durch Schaffung von Zahlungsmitteln eine erhebliche Steigerung des Preisniveaus bewirkt wird, die wiederum durch das Medium erhöhter Löhne zur Schaffung neuer Zahlungsmittel anreizt und so sich selbst ins Unendliche fortzusetzen strebt, so ist von den Vereinigten Staaten zu sagen, daß sie als erste diesen bösen Zauberkreis der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft durchbrochen haben. Seht man die nordamerikanischen Großhandelspreise im Durchschnitt des Jahres 1913 gleich 100, so ist die entsprechende Zahl für Mai 1921 nicht höher als 115. Noch im vorigen Jahr war ein Stand von 227 erreicht worden; der Durchschnitt des Jahres 1919 betrug 204, der Durchschnitt des Jahres 1920 198. Man darf also sagen, daß die Vereinigten Staaten stark genug gewesen sind, die Preise der wichtigsten Waren im Laufe eines einzigen Jahres auf rund die Hälfte zu reduzieren. Es gibt in der Geschichte der Wirtschaft kein Beispiel eines Preissturzes von ähnlichen Dimensionen, der trotz der reißenden Schnelligkeit seines Verlaufs weniger sichtbare Opfer erfordert hätte. Eine solche Leistung spricht für die Organisation des amerikanischen Bankwesens in seiner neuen Verfassung; sie wäre aber auch unter der verständigen Leitung des Bundesreservesystems nicht möglich gewesen ohne die ungeheuerlichen Gewinne der Kriegszeit, die nun ihre natürliche Korrektur erfahren haben. Die nordamerikanische Wirtschaftsführung hat immer mit einfachen und drastischen Mitteln gearbeitet und sich gern in Kontrasten von kindlicher Einfachheit bewegt. Solche Mittel mögen einem Koloniallande wohl anstehen. Ihre Anwendung auf dem europäischen Kontinent aber würde nichts anderes zur Folge haben als den Ausbruch einer Katastrophe, die den Vereinigten Staaten wohl weniger gelegen käme als ihren bolschewistischen Gegenspielern.

Manche Firmen mögen durch Banken gestützt worden sein. Im allgemeinen aber haben sich die Anlagen der Banken und damit auch die „Depositen“, die durch Gutschrift von Krediten entstehen, entschieden vermindert. Der Darlehnsbestand der New Yorker Clearinghouse-Banken ist von Ende Juni 1920 bis Ende Mai 1921 von 5,14 auf 4,59 Milliarden \$ zurückgegangen, der Posten „Fremde Gelder“ von 4,41 auf 3,92 Milliarden \$, der Notenumlauf der Bundesreservebanken von 3,12 auf 2,63, während ihr Goldbestand sich von 1,97 auf 2,46 Milliarden \$ erhöht hat.

Für den Bewohner Mitteleuropas hat es etwas Gespenstisches, die amerikanischen Preisnotierungen sich wieder ganz in den Größenverhältnissen der Vorkriegszeit

bewegen zu sehen, als sei nichts in diesen grauenhaften sieben Jahren geschehen, was den Ausgleich von Angebot und Nachfrage dauernd wirksam beeinflussen könnte. Es notierten:

Waren	Ende Dez. 1913	Ende Mai 1921	Ende Juni 1921
Mais (Chicago).....	68,50	65,62	58,25
Hafer („).....	38,37	41,12	36,37
Zucker (New York) ..	3,12	4,63	4,0
Schmalz (Chicago) ...	10,67	9,60	10,50
Schweinefleisch (Chic.)	20,20	17,05	17,65
Baumwolle (New York)	12,75	12,42	11,73
B'wollsaatöl („)	6,75	7,43	8,10
Blei (New York)	4,15	5,0	4,40
Elektrolytkupfer (N.Y.)	15,0	13,38	12,875
Zink (New York)....	5,325	4,875	4,25
Silber („).....	57,5	58,0	58,5

Erhebliche Veränderungen gegen den Vorkriegsstand zeigen noch:

Waren	Ende Dez. 1913	Ende Mai 1921	Ende Juni 1921
Weizen (New York)	100,5	177	150
Petroleum („)	11,25	19,0	18,0
Roheisen. („)	15,0	24,25	23,50
Stahlbarren („)	20,0	37,0	—

Im vorübergehen sei die Tatsache berührt, daß der Vorgang, der hier in seinen wichtigsten Zügen festgehalten wurde, für die metallistischen Anhänger der Lehre vom sogenannten „Geldwert“ ein ziemlich dorniges Problem schafft: da für jene die Preise der Ausdruck des „Wertes“ des Geldes sind und dieses Geld in den Vereinigten Staaten nach jenen mit dem Gold identifiziert werden kann, — denn sowohl kann Gold in Dollars wie Dollars in Gold in unbeschränkter Weise verwandelt werden, — so wird der Schluß notwendig, daß die Verdoppelung der Vorkriegspreise im vorigen Jahr eine Verminderung des Wertes des Goldes auf die Hälfte bedeutet hatte, während der Preissturz eine Werterhöhung des Goldes um 100 % darstellen muß. Hiernach war es also das Gold, das im Kriege „entwertet“ war und jetzt seinen alten „Wert“ wieder erreicht hat. Wir gestatten uns, auf diese Konsequenz hinzuweisen, indem wir es dem Leser überlassen, sich für oder gegen die Zweckmäßigkeit dieser überraschenden und geistreichen Ausdrucksweise zu entscheiden. Wir selbst begnügen uns mit der schlichteren Rede von den Preisänderungen der Waren.

In den europäischen Ländern hat sich das Preisniveau für Großhandelswaren, den durchschnittlichen Stand von 1913 gleich 100 gesetzt,¹⁾ wie folgt entwickelt:

¹⁾ Bei Schweden ist der Durchschnitt Juni 1913 bis Juli 1914 als Ausgangspunkt gewählt, bei Dänemark Juli 1912 bis Juni 1914; b-i Deutschland und der Schweiz Juni 1913. Bei Dänemark bezieht sich die Zahl für 1920 nur auf den Durchschnitt der Monate Juni bis Dezember. Die Zahlen für 1919 und 1920 sind Durchschnitt der Monatszahlen.

	1919	1920	Mai 1921	Rückgang gegen 1920 in %
Deutschland	—	1545	1428	7,6 %
England	237	283	183	35,3 "
Frankreich	358	512	328	35,9 "
Italien	356	635	547	13,9 "
Schweden	330	347	218	37,2 "
Dänemark	318	383	254	33,7 "
Schweiz	—	{1. 1. 20: 343}	188	} 44,4 "
		{1. 1. 21: 234}		
Holland	304	286	182	36,4 "

Freilich hat man sich bei solchen Zusammenstellungen immer von neuem zu vergegenwärtigen, daß die Indexzahlen in diesen Ländern nach höchst verschiedenen Grundsätzen und in wohl nicht minder verschiedenen Graden von Zuverlässigkeit und Erfahrung errechnet werden. Sie sind also nur mit vielen Vorbehalten vergleichbar. Dennoch wagen wir den Versuch, sie in Beziehung zu setzen zu dem Stand der intervalutarischen Kurse, die auf sie als Kostenfaktor den größten Einfluß ausüben und die sie wiederum, wenn auch nur indirekt, durch ihren Einfluß auf Angebot und Nachfrage ausländischer Zahlungsmittel, wechselwirkend bestimmen können. Die folgende Zusammenstellung stellt daher das Preisniveau der genannten Länder, einschließlich Japan, im Mai 1920 in Vielfachen der amerikanischen Indexzahl neben den „Entwertungsfaktor“ der betreffenden Währung im Vergleich mit dem Dollar, d. h. die Zahl, durch die die Münzparität dividiert werden muß, um den Stand des Dollarkurses, ausgedrückt in der Währung des betreffenden Landes, zu erhalten.

	Teuerungsfaktor	Valuta-Entwertungsfaktor ²⁾
Vereinigte Staaten ..	1	1
Deutschland	12,4	14,7
England	1,6	1,2
Frankreich	2,9	2,3
Italien	4,8	3,6
Schweden	1,9	1,2
Dänemark	2,1	1,5
Holland (April)	1,6	1,1
Japan	1,7	1,03

²⁾ Grundlage: Notierungen vom 25. 5. 21.

Während die übrigen europäischen Staaten, die in unserer Zusammenstellung aufgeführt sind, sehr kräftige Preisrückgänge, gemessen an dem Durchschnitt des Jahres 1920, aufweisen, hat Deutschland sich mit einer höchst geringfügigen Senkung begnügen müssen, die, wie die Indexzahl für Anfang Juli zeigt, nicht einmal in diesem Grade anzudauern vermag. Den Verlauf in den einzelnen Monaten macht folgende Zusammenstellung anschaulich; sie enthält die Großhandelszahlen und die Effektenkurs-Indexzahlen der „Frankf. Ztg.“, beide bezogen auf den Stand vom 1. Januar 1920 gleich 100, und den Dollarkurs am Stichtage.

	Großhandelspreise	Wertpapierkurse	Dollarkurs
Januar	143	194	73,36
Februar	136	159	66,75
März	131	153	61,00
April	130	161	62,65
Mai	131,8	160	64,65
Juni	127	181	63,26
Juli	135,4	189	74,90
Durchschn. Jan./Juni	132	198	65,35

So geringfügig die Preissenkung sein mag, wenn man sie mit den Zahlen der Weststaaten vergleicht, so bemerkenswert ist es doch, daß ein Preisrückgang überhaupt erfolgen konnte, obgleich die Vermehrung der Zahlungsmittelmenge in Deutschland noch immer andauert. Es betrug der Umlauf (in Milliarden \mathcal{M}):

Monats- durchschnitt	1920		1921	
	Reichs- banknoten	Noten u. Darl- Kassenscheine	Reichs- banknoten	Noten u. Darl- Kassenscheine
Januar	36,18	49,18	66,79	78,32
Februar	39,33	52,02	66,34	77,24
März	43,17	56,20	68,11	78,46
April	46,37	60,13	69,30	79,01
Mai	49,12	62,79	70,88	80,15
Juni	51,77	65,22	72,83	81,61
Durchschnitt..	44,31	67,59	69,04	79,13

Es waren nach dieser Aufstellung im Juni dieses Jahres 81,61 Milliarden papierne Zahlungsmittel im Verkehr, gegen 78,32 im Januar 1921 und 65,22 im Juni 1920. Wenn trotzdem die Preise im Durchschnitt ein Rückgang aufweisen, so muß sich die Versorgung der Volkswirtschaft mit Gütern und Leistungen nicht unbedeutend verbessert haben. Denn nur eine solche Vergrößerung des produzierten und abgesetzten Waren- und Leistungsvolumens kann einen größeren Umlauf von Zahlungsmitteln bei weichenden Preisen für die Wareneinheit verständlich machen. Es ist allerdings zu bedenken, daß es hierbei nicht nur auf die papiernen Zahlungsmittel, sondern auch auf die Giro Guthaben und scheckfähigen Depositen der Banken ankommt, die sich heute noch höchst unvollkommen erkennen in den Bilanzen der Banken eher verbergen als darstellen. Nur für die Reichsbank sind wir imstande, die giralen Guthaben und zwar in Monatsdurchschnitten anzugeben. Sie zeigen eine unregelmäßige Vermehrung (in Milliarden \mathcal{M}):

	1920	1921
Januar	11,32	13,83
Februar	11,68	14,20
März	15,15	20,24
April	15,99	18,67
Mai	15,70	13,93
Juni	16,01	13,96
Durchschnitt	14,31	16,88

Seit Mai 1921 werden die Guthaben von Privaten und des Reiches gesondert ausgewiesen wie es bei fast allen Notenländern des Auslandes seit langem üblich ist; hiermit ist einem schon vor dem Krieg von uns beklagten Übelstand abgeholfen. Das Ergebnis ist zunächst folgendes (in Milliarden \mathcal{M}):

	Durchschnitt	Mai	Juni
Private Guthaben ..	8,66	9,90	9,90
Staatliche Guthaben	5,27	4,06	4,06
Summe ..	13,93	13,96	13,96

Faßt man Reichsbanknoten, Darlehenskassenscheine und Giro Guthaben bei der Reichsbank in einer Zahl zusammen, so erhält man für den Januar 1921 die Summe von 92,15 Milliarden, für den Juni 1921 die Summe von 102,00 Milliarden. Die Anlage der Reichsbank in Wechseln und Schatzanweisungen ist in dieser Zeit von 52 auf 70 Milliarden angewachsen, sie hat sich also um rund den doppelten Betrag vermehrt wie die Zahlungsmittel. Diese Unstimmigkeit mag ihre Erklärung in der Tatsache finden, daß der Betrag der von der Darlehenskasse gewährten Darlehen sich im gleichen Zeitraum von 33,9 auf 19,7 Milliarden vermindert hat, wie folgende Zusammenstellung zeigt (in Milliarden \mathcal{M}):

Monats- durchschnitt	1920		1921	
	Wechsel u. Schatzanw.	Wechsel u. Schatzanw.	1921	Darlehen der Darlehenskassen
Januar	36,09	52,03	52,03	33,88
Februar	37,76	51,77	51,77	33,25
März	41,40	58,82	58,82	33,64
April	41,11	57,91	57,91	33,33
Mai	40,61	59,40 ⁴⁾	59,40 ⁴⁾	27,98
Juni	41,99	69,67 ⁵⁾	69,67 ⁵⁾	19,70
Durchschnitt	39,83	58,10	58,10	30,30

⁴⁾ Wechsel und Schecks 1,04, Diskont. Schatzanweisungen 57,46 Milliarden \mathcal{M} .
⁵⁾ „ „ „ 1,87, „ „ „ 68,00 „

Der gesamte Betrag der schwebenden Schuld des Reiches, soweit sie in diskontierten Schatzanweisungen besteht, war an den Monatsenden dieses Jahres:

	Insgesamt	„Wechsel u. Schatzanweisungen“ bei der Reichsbank	In %
Januar	155,36	53,34	34,2
Februar	161,65	56,45	34,8
März	166,33	66,80	40,4
April	172,63	60,89	35,3
Mai	176,24	64,76 ⁶⁾	36,8
Juni	185,03	81,17 ⁷⁾	43,8
Durchschnitt.....	166,21	63,90	37,5

⁶⁾ Wechsel und Schecks 1,81, Diskont. Schatzanweisungen 62,95 Milliarden M.

⁷⁾ „ „ „ 1,56, „ „ „ 79,61 „ „ „

Ein wie großer Teil des Restes der Schatzanweisungen von den Großbanken diskontiert und in ihrem Portefeuille behalten worden ist, kann leider nicht angegeben werden, da die Großbanken die Veröffentlichung ihrer Zweimonatsbilanzen noch nicht wieder aufgenommen haben und da auch ihre Jahresbilanzen, den früheren Brauch der Reichsbank folgend, Wechsel der Privaten und Schatzanweisungen des Reiches in einem Sam-

melposten aufweisen. Die Reichsbank hat seit dem Mai dieses Jahres die an dieser Stelle seit langem und lange vergeblich geforderte Trennung der beiden Posten vorgenommen. Es ist unmöglich, daß die Großbanken ihr Beispiel nicht nachahmen werden. Bis dahin wird man annehmen müssen, daß von den 62 Milliarden „fremde Gelder“, die Ende 1920 von den acht Berliner Großbanken ausgewiesen wurden, nicht viel weniger als die Hälfte in diskontierten Reichsschatzanweisungen angelegt war und daß dieser Betrag sich im Laufe des ersten Halbjahres 1921 noch vergrößert hat. Die Großbanken werden, über die Erfüllung jener elementaren Forderung hinaus, ihre Bilanzen überhaupt einer gründlichen Umordnung unterziehen müssen, ehe erkannt werden kann, in welchem Maße sie neben der Reichsbank und den Darlehnskassen durch die Art ihrer Kreditgewährung und ihrer Zahlungsmittelschaffung inflatorisch zu wirken imstande sind. Sie sind längst über den Umfang privater Aktiengesellschaften hinausgewachsen, denen es freistehen kann, ihren Bilanzen die undurchsichtigste Form zu geben, die das Aktienrecht noch zuläßt und der Aktionär noch duldet.

Kurt Singer

Die Unteilbarkeit Oberschlesiens II

Das oberschlesische Schmalspurnetz bildet eine Besonderheit des Industriebezirks. Die Bahn versorgt in der Hauptsache die Gruben und Hütten mit Betriebsmaterialien und schmiegt sich dem Gelände und den eng nebeneinander liegenden Werksanlagen elastischer an als die Hauptbahn. Sie erstreckt sich von Friedrichshütte im Kreise Tarnowitz bis Schoppinitz im Süden und Laband im Westen und sendet auch einen Strang von Gleiwitz nach Ratibor. Vorarbeiten für die Weiterführung bis zur Oder bei Kosel sind bereits fertiggestellt. Weiter ist geplant, das Netz auch auf die Kreise Rybnik und Pleß auszudehnen. Werden diese abgetrennt, so ist natürlich nicht mehr daran zu denken.

Was die Eisenbahn anbetrifft, so ist das Netz überhaupt engmaschig. Wie rasch die Zugfolge ist, geht daraus hervor, daß vor dem Kriege auf dem Kattowitzer Bahnhof innerhalb 24 Stunden mehr Personenzüge einliefen als auf dem Bahnhof Breslau, der drittgrößten Stadt Deutschlands. Der Güterverkehr Oberschlesiens betrug etwa 10 % des gesamten Güterverkehrs der preußisch-hessischen Staatsbahnen. Maßgebend für das Haupterzeugnis, die Steinkohle, ist der Riesenhof Gleiwitz; auch sind der Bahnhof Kandrzin, ferner die Bahnhöfe Peiskretscham und Oppeln von besonderer Bedeutung. Zahlreiche Arbeiter haben ihre Arbeitsstätten im Zentralrevier Oberschlesiens, während sie in den südlichen oder westlichen Kreisen beheimatet sind. Sie sind also gezwungen, die Bahn zu benutzen, um zu ihren Arbeitsstätten und wieder zurück zu gelangen. Vielfach kehren sie nur allsonntäglich zu den Ihren zurück. Eine einheitliche Bahnleitung für das ganze Industriegebiet ist im Interesse dieser Arbeiter unbedingt notwendig und liegt zurzeit bei der Eisenbahndirektion Kattowitz. Bei einer Teilung des Abstimmungsgebietes wäre ein gedeihliches Funktionieren dieses Verkehrs nicht mehr möglich. Der Bestand Polens an rollendem Eisenbahnmaterial und der Stab polnischer Bahnbeamter reichen überdies nicht aus, um einem so starken Verkehr, wie ihn Oberschlesien jetzt aufweist, zu genügen. Die Zerreißung des Landes liefe deshalb darauf hinaus, große Arbeitermassen brotlos zu machen und die Werke andererseits ihrer Arbeitskräfte zu berauben.

Oberschlesien wird in seinen verschiedenen Teilen durch die große Wasserstraße des Landes, die Oder, verbunden.

Diese ist vorläufig nur bis Kosel reguliert. Eine weitere Regulierung auch der Strecke Kosel-Ratibor, wie sie erstrebt werden muß, ist nur dann durchführbar, wenn die Oder ganz bei einem Staat verbleibt. Da der Kreis Ratibor, durch den der Oberlauf der Oder fließt, eine deutsche Mehrheit von 70,2 % aufweist, so ist allerdings nicht daran zu zweifeln, daß die Oderufer Deutschland zuzusprechen sind. Auch weitere Projekte dürften in folgedessen zu verwirklichen sein. So der Ausbau des Klodnitzkanals zu einem Großschiffahrtsweg, der Kosel mit Gleiwitz verbindet und die Anlage einer Schmalspurschleppbahn zum Anschluß der Gruben und Hütten an einen Umschlaghafen großen Stils, der in Gleiwitz herzustellen wäre. Kosel und Oppeln sollen ferner zu großen Umschlaghäfen umgestaltet werden. Würden aber die Kreise mit polnischer Mehrheit, insbesondere Rybnik und Pleß, abgetrennt, so verlören sie ihre Verbindung mit der Oder und so auch mit dem Meere. Das wäre nicht nur für die betreffenden Kreise von schwerem Nachteil, sondern würde auch den Verkehr auf der Oder beeinträchtigen.

Die Hauptrichtung des Verkehrs geht heute die Oder herab. Ein geringerer Teil des Absatzes wandert nach dem früheren Österreich-Ungarn und nur der allergeringste Teil nach Polen. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß dieser Verkehr gewaltsam mit einem Schlage umgestaltet werden kann. Lediglich seine Verkümmern ist zu erwarten, falls der Versuch gemacht wird, Oberschlesien zu teilen.

Die verkehrspolitischen Momente, die eine Zerreißung Oberschlesiens als unmöglich erscheinen lassen, gewinnen noch an Gewicht, wenn man bedenkt, daß die industriellen Werke und zwar der verschiedensten Unternehmungsbranche, weithin über sämtliche Kreise, gleichgültig, ob mit deutscher oder polnischer Majorität, verstreut sind.

In großen Umrissen bietet folgende dem „Bergbauangestellten“ entnommene Zusammenstellung der wichtigsten Industrieunternehmen und ihrer Zweigstellen in den in Frage kommenden Kreisen ein Bild der ungeheuren Verästelung der oberschlesischen Industrie:

Kreis Kattowitz. Hüttenanlagen der Hohenloherwerke und Steinkohlengruben dieser Gesellschaft. In Rosdin und Myslowitz bei Kattowitz liegen die Werke der Kattowitzer A.-G.